

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Beschlussvorschlag des Antragstellers:

Die Fraktionen CDU und FDP bitten mit Antrag vom 20. Oktober 2021 um Prüfung und Umsetzung folgender Punkte:

- 1.) Alle Ortsausgangsstraßen sind dahingehend zu überprüfen, ob zur Sicherheit im Straßenverkehr, hier insbesondere die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern, Geschwindigkeitsbegrenzungen von 30 oder 50 km/h eingeführt, bzw. ausgeweitet werden können. Hierbei ist unter anderem auch die Positionierung der Ortsschilder zu überprüfen.
- 2.) Mit den Elternvertretungen der Kindergärten und Schulen Kontakt aufzunehmen, damit diese weitere Gefahrenpunkte benennen können, die aus ihrer Sicht entschärft werden sollten.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Zu 1.): Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, alle Ortsausgangsstraßen dahingehend zu überprüfen, ob zur Sicherheit im Straßenverkehr, hier insbesondere die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern, Geschwindigkeitsbegrenzungen von 30 oder 50 km/h eingeführt, bzw. ausgeweitet werden können. Hierbei ist unter anderem auch die Positionierung der Ortsschilder zu überprüfen.

Zu 2.): Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung **im Rahmen der Fußverkehrschecks** mit den Elternvertretungen der Kindergärten und Schulen Kontakt aufzunehmen, damit diese weitere Gefahrenpunkte benennen können, die aus ihrer Sicht entschärft werden sollten.

Begründung:

Begründung des Antragstellers:

Hier wird auf den als Anlage beigefügten Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 20. Oktober 2021 verwiesen.

Begründung der Verwaltung:

Zu 1.): Der Beschlussvorschlag ist ohne Änderung übernommen worden.

Zu 2.): Die systematische Durchführung weiterer Fußverkehrschecks, die bezirksweise in den nächsten Jahren durchgeführt werden sollen (siehe Vorlage 437/21), gibt den Raum, hier umfänglich die Belange der Schulwegsicherung zu berücksichtigen. Im Rahmen dieser Checks sollen die Schulwege als ein wichtiger Bestandteil mitbetrachtet werden (siehe Vorlage 481/21).

Anlagen:

Anlage 1: Antrag – CDU und FDP vom 20.10.2021